

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monatlich 22 Pfennige. Familien-Anzeigen: mit-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 200

DIENSTAG, 26. APRIL 1932

ABEND-AUSGABE

Neuer Landtag 24. Mai

Beschluß des Staatsministeriums

Der neu gewählte Preussische Landtag wird seine erste Sitzung schon am 24. Mai abhalten. Das ist das Ergebnis der heutigen Sitzung der Staatsregierung, über die folgende Mitteilungen ausgehen wird.

„Das Preussische Staatsministerium hat heute auf Grund des Art. 17 der Preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in feiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Art. 65 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.“

Zur Erklärung erklärt der stellvertretende Preussische Ministerpräsident: „Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist, abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des neuen Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verschieben, denn der Landtag würde zusammenzutreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahme-Erklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Gemäß § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landessliste zu bevorzugen vorgeschlagen werden. Dem während früher die Abgeordneten der Landessliste amtlich anerkennen, wenn ihre Kandidaten ihren Kreiswahlbezirk angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landessliste der Entscheidung der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidung der Parteien abwarten, ehe er die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob er die Wahl aus der Landessliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittel-

bar noch unmittelbar nach Pfingsten, das am den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.“

*

Eine etwas gemächte Aufregung der Reichsradikalen ist also unnötig; die Preussische Regierung hat den neuen Landtag zu dem ersten möglichen Termin einberufen. Es ist Ministerpräsident Braun gemeldet, der den 24. Mai in Vorschlag gebracht hat, und er hat ohne längere Aussprache die Zustimmung aller Mitglieder des Kabinetts erhalten. Die formelle Anleihe der Gesamtbestimmung des Kabinetts wird am den neuen Präsidenten des Landtages erfolgen, der in der konstituierenden Sitzung gewählt werden muß.

Ueber die Wahl des neuen Ministerpräsidenten und über die Bildung der künftigen Regierung heute schon etwas zu sagen, ist unmöglich. Von rechtsstehender Seite wird behauptet, daß Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und den Zentrum bereits eingeleitet seien. Das trifft nicht zu. Der Führer des Zentrums, Prälat Haas, hält sich zur Zeit in Rom auf, wird allerdings im Laufe der Woche nach Berlin kommen, da eine schon vor den Wahlen anberaumte Sitzung des geschäftsführenden Parteivorstandes am Sonnabend in Berlin stattfindet. Daß das Zentrum von sich aus keine Initiative ergreifen wird, liegt nahe. Wenn die Nationalsozialisten von sich aus als führende Fraktion die Führung in der neuen Regierung für sich beanspruchen, dann ist es ihre Sache, an die anderen Parteien heranzutreten, deren sie zur Mehrheitsbildung bedürfen, und ihnen vor allem die programmatische Grundlage für das neue Kabinett zu unterbreiten.

Zweifellos sind die Verhandlungen in Preußen bald ergebnisreich zu werden. Es ist zu erwarten, daß die Nationalsozialisten sich zum Einverständnis mit dem Zentrum bereit machen werden, daß in einer der ersten Sitzungen die Wahl des Ministerpräsidenten möglich wäre. Das Kabinett Braun macht keinen Hehl daraus, daß es nicht den Wunsch hat, längere Zeit als geschäftsführendes Kabinett zu amtiert. Aber es wird so lange die Geschäfte führen müssen, bis es durch ein neues Kabinett abgelöst werden kann.

Die nationale Welle

Von

KARL LAHM.

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

Wien, 26. APRIL

Ein christlichsozialer Führer, melandolisch das österreichische Wahlergebnis betrachtend, führte mir gegenüber die Niederlage seiner Partei weniger auf die nicht zu leugnenden eigenen Fehler, als auf die ja auch in allen anderen „Belagungen“ immer wieder wiederkehrenden „Schicksals-Verhängenheit“ mit dem Deutschen Reich zurück.

„Betrachten Sie die Karte“, meinte er, „die gerade die Vossische Zeitung“ am Bordrand vor den Wahlen veröffentlicht hat und die Österreich in das wahlberechtigte Deutschland einträgt. Die Wahlscheibe am 24. April ging über das ganze Zeitalter öde. Was lag ein Zufall, dieses Zusammenstreffen der Landtagsamten in Freuden, Bayern, Württemberg und in Wien, Niederösterreich, Galizien am selben Tag. Aber die Wahlscheibe plante sich fort zum deutschen Norden zum deutschen Südosten, organisiert eine, als beherrschte der Grenzstreifen nicht oder kaum. Die für meine Partei schmerzliche Erfahrung mag ein Gutes auslösen: daß jene drinnen und draußen, die meinten, eine jaghafte Behandlung nationaler Dinge wäre anzupfehlen, einsehen, daß sie sich irren, weil damit nur Radikalismus großgezogen wurde.“

Es gibt in der christlichsozialen Partei Männer von Rang, die von den Bemerkungen älterer reichlicherer Tradition, also von der verhängnisvollen Politik des Reichstages, endgültig loskommen. Von welcher solchen Höhe wurde die christlichsoziale Partei heraufgehoben? Die sozialdemokratischen Erben im Wiener Rathaus sind heute, dank der Fehler ihrer Gegner, schon so sicher ihres Bestandes, daß Bürgermeister Geiß bei der Gründung eines neuen Blocks von Gemeindefürsorge auf die hohen Berühmtheiten des großen christlichsozialen Vorkämpfers, des Bürgermeisters Zueger, verweisen konnte.

Im Lager der Rechten ist es nicht die Heimwehr, die triumphiert, sondern die christlichsozialen. Von dem Augenblick an, wo die „Schönen-Johannern“ in den Verband traten, eine Parteiarbe der Substanz zu werden, waren sie erledigt. Im Wahlkampf haben die „Potenztreuer“ weniger laut ihr antinationalistisches Geschrei erhoben als den Ruf: „Deutschland erwache!“ Das Verbringen der Braunenden geschah hauptsächlich auf Kosten der christlichsozialen, der Heimwehr, dann auch der wieder in zwei Lager gespaltenen, durch längeres Partieren mit den christlichsozialen Disziplinierten Großdeutschen und Landkämpfern.

Die Sozialdemokraten haben ihre Positionen überraschend gut gehalten. Die Nationalsozialisten, die in Wien allein über 200.000 Stimmen erzielen konnten — eine Verzehnfachung gegen 1930 — vermerkten in die sozialdemokratische Burg keine Breche zu schlagen. Die Wahlen, die rot wählten, sind befriedigt, erkennen die Leistungen an, die sie vor allem Feinler und Professor Zander danken, und empfinden keine Trauer über die Trauer der Heimwehr bei der Scheitern. Für die Parteifunktionäre in Österreich waren die Sozialdemokraten jedenfalls nicht verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, sie forderten Verfolgung der Schuldigen, die gerade die christlichsozialen, teils mit Rücksicht auf die internationale Positionen, zu befriedigen schienen. Auch national haben es die Sozialdemokraten niemals am klaren Bekenntnis fehlen lassen; sie haben sich auch immer wieder mit aller Geschäftlichkeit gegen jeden Versuch einer Sozialdemokratischen Abkehrung von Deutschland ausgesprochen. Was Bundesrat Dr. Buresch tollfährig für geschickt hält, eine offizielle Stellungnahme etwa zum Zardien-Plan zu vermeiden, entspricht nicht der Auffassung des früheren Leiters der österreichischen Außenpolitik, des Staatskanzlers A. Z. Krenner, der, was gewiß ist, wäre er im Amte, auch hier ein offenes Wort an die französische Wertschätzung des als Richter fallen würde.

Welle wird sich heute der überwiegende Teil der christlichsozialen Partei einengen, bei der Augenblick notwendig wurde, was eine Koalition mit den Sozialdemokraten, genau wie im Reich, notwendig war. Sie wurde ihnen von Geiß und Renner angeboten; Geißel, der Österreich in eine andere Richtung führen wollte, im Innern zur Reaktion, dem Legitimus, noch außen zumindst zu einer Vereinigung mit Ungarn, wenn nicht einer

Einladungen für Lausanne

Auch an die Donaumächte

Die englische Regierung hat in Berlin, Paris, Rom, Brüssel und Tokio angekündigt, daß der Termin des 16. Juni für den Zusammentritt der Lausanner Konferenz gewahrt wäre, da es angetragene Wächte zu einem werden, wird die offizielle Einladung zur Konferenz bald erlassen werden können. Einladungen werden schließlich Signaturnamen des Ganzen Zusammenkommens, außerdem aber auch die Donaumächte; denn die führenden Wächte sind übereingekommen, das Hauptobjekt in der Tagesordnung der Lausanner Konferenz miteingubeziehen.

Diese Zusammenkunft von Reparations- und Donaufenferenz erfolgt unter Beachtung auf die ursprüngliche Formulierung der englischen Einladung im Januar: Aufgabe der Konferenz wird es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Wiener Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, welche die gegenwärtige Weltlage verursacht haben und sie verlängern können.“

Zu diesen Ursachen gehört, nach der in Genf hervorgerufenen Aufregung, auch der freilichste wirtschaftliche Zustand im Donauraum. Es wird mit der Versicherung gemacht werden, in Lausanne jene Situation für die Donaumächter herbeizuführen, die sich in der Londoner Viermächte-Konferenz nicht ermöglichen lassen.

Zardien kommt Freitag nach Genf

Die internationalen Besprechungen in Genf, die in der Hauptsache das Verdrängungsproblem zum Inhalt haben, werden noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Seute heute in Genf eine zweite Zusammenkunft zwischen Reuter, MacDonald, Orandi, Stimson und Zardien stattfinden sollen. Es ist dadurch unmöglich geworden, daß der französische Ministerpräsident erklärt, in Frankreich bleiben zu müssen, um der Wahlkampagne willen. Infolge einer telefonischen Unterhaltung mit Paul Boncour hat aber Zardien seinen Entschluß geändert und angekündigt, daß er am Freitag nach Genf kommen werde. Der Aufenthalt des Reichskanzlers erklärt dadurch eine Verlängerung.

Dr. Brüning hat heute Gelegenheit gehabt, seine wertvollen informierenden Besprechungen mit MacDonald und Staatssekretär Stimson fortzusetzen. Er hat auch den scheidenden französischen Außenminister Dr. Buresch empfangen. Die letzte gemeinsame Aussprache wird statt finden im Beisein Zardiens am Ende der Woche stattfinden. Hinüber Vereinbarungen sind, wie erneut hervorgerufen, vor allem in der Reparationsfrage nicht zu erwarten, da der französische Ministerpräsident mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen eine verpflichtende Erklärung vermeiden möchte. Die internationalen Besprechungen in Genf sind aber darum doch von hohem Wert, weil sie eine weitgehende Orientierung über die Auffassungen der einzelnen Mächte und in der Abwägung der gegenwärtigen Lage, auch eine teilweise Übereinstimmung, vornehmlich zwischen England und den Vereinigten Staaten, herbeiführen haben.